

Hofheim, 9. Mai 2017

„Rückkehr statt Abschiebung“

Im Landratsamt wird Beratung für Flüchtlinge angeboten

Mit einem Beratungsangebot werden Flüchtlinge im Main-Taunus-Kreis ab sofort bei der Rückkehr in ihre Heimat unterstützt. Wie Kreisbeigeordneter Johannes Baron mitteilt, sind seit Dienstag Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Darmstadt im Landratsamt und bieten dazu Sprechstunden an. Dieses Angebot des Landes Hessen richtet sich nicht nur an Flüchtlinge, die verpflichtet sind, auszureisen, sondern auch zum Beispiel an jene, über deren Asylantrag noch nicht entschieden ist.

Bei der Beratung erhalten die Flüchtlinge auf verschiedene Weise Hilfe – etwa, wenn sie einen Pass beschaffen oder mit Auslandsvertretungen und sonstigen zuständigen Stellen in ihrem Heimatland Kontakt aufnehmen müssen.

Wie Baron erläutert, steht die Beratung zwar allen Flüchtlingen zur Verfügung, im Fokus sind aber zunächst diejenigen, die sonst abgeschoben würden – etwa weil ihr Asylantrag abgelehnt wurde oder ihre Duldung ausläuft. Sie würden gezielt auf dieses Angebot hingewiesen.

„Rückkehr statt Abschiebung“ habe für die Betroffenen Vorteile; zum Beispiel gebe es dafür staatliche Hilfen, und sie könnten nach einem bestimmten Zeitraum auch wieder nach Deutschland einreisen. Zudem entstünden dem Staat bei einer freiwilligen Rückkehr unterm Strich geringere Kosten als bei einer Abschiebung, die mitunter mit Polizeigewalt durchgesetzt werden müsse.

„Wer keinen Anspruch auf Asyl hat, sollte das Land so bald wie möglich verlassen“, so Baron. „Die Rückkehrberatung ist ein Weg dazu. Wenn zum Beispiel diejenigen, deren Anträge abgelehnt wurden, in ihre Heimat zurückkehren, können Staat und Gesellschaft ihre Unterstützung auf die Menschen konzentrieren, für die das Asylrecht vorgesehen ist.“

Für diejenigen, die noch nicht zur Ausreise verpflichtet seien, könne die Rückkehr in die Heimat je nach Einzelfall eine Alternative zum Leben in Deutschland sein – beispielsweise, wenn sich die Lage im Heimatland verändert habe, die persönliche Zukunft in Deutschland unsicher sei „oder die Wirklichkeit hier nicht dem Bild entspricht, das sie daheim von der Bundesrepublik gehabt haben“.